

Rede zum NKF Haushalt 2008

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

die Gestaltungsfreiheit einer Stadt, die kommunale Selbstverwaltung, ist ein hohes Gut und deshalb nicht umsonst auch im Artikel 28 unseres Grundgesetzes verankert. Die kommunale Selbstverwaltung hat tiefe und historische Wurzeln in ihrem Verständnis, dass ausgelegt ist auf eine selbstbestimmte, demokratische Politik die eine Stadt mit und für ihre Bürger und Bürgerinnen lebt und gestaltet. Diese kommunale Selbstverwaltung gilt es zu erhalten und deshalb waren für die Aufstellung dieses Haushaltes alle Kräfte, Ideen und auch finanzielle Selbstdisziplin nötig, um diese Gestaltungsfreiheit weiterhin zu gewährleisten. Wir wollen kein HSK und keinen Nothaushalt. Trifft uns aber im laufenden Vollzug des Haushaltes eine größere Ausgabe, werden und müssen rechnerische Stellschrauben anders gedreht werden, dann kann uns, gemäß der NKF Systematik, die HSK Pflicht immer noch treffen. Insofern ist das Jahr 2008 ein finanzpolitischer Drahtseilakt und wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Balance verlieren, allerdings sind wir nicht gefeit vor äußeren Einflüssen, die wir nicht steuern können.

Das ist alles nicht weit weg und muss hier ganz nüchtern festgestellt und ehrlich gesagt werden

Der Kreis hat mit seinem Vorschlag bezüglich der Regelung der Altdefizite und dem Ansatz von 44 Punkten Kreisumlage sehr umsichtig und konsensual gehandelt. Obwohl auch auf Kreisebene Mehrbelastungen von 11,2 Mio. € im sozialen Bereich zu verzeichnen sind und hier der Bund mit der Reduzierung seines Anteil an den Kosten der Unterkunft (SGB II) in absolut nicht

gerechter Weise, zusätzlich Mehrausgaben von ca. 2 Mio. € verursacht.

Dennoch, 5,1 Mio. € für uns, als einmaliger Anteil zur Tilgung der Altdefizite, das ist eine hohe Hausnummer, die natürlich zusätzlich in diesem Haushalt geschultert werden muss und über KK finanziert wird!

Unsere Erträge sind gestiegen, werden aber für die erforderlichen Aufwendungen wieder nicht ausreichen. In der Planung bis 2011 wird auch weiterhin von Einnahmesteigerungen ausgegangen, ob die so eintreffen muss mit vorsichtigem Optimismus beantwortet werden. Die konjunkturelle Entwicklung ist eingetrübt und es wird auf Seiten der Städte und Gemeinden für 2008, im Vergleich zu 2007, mit einem geringeren Zuwachs an Steuereinnahmen gerechnet, zudem werden Einnahmeausfälle aufgrund der Unternehmenssteuerreform erwartet.

Wir werden auf Dauer mit der Schiefelage leben müssen, dass die Einnahmeentwicklung in einzelnen Städten und Regionen unterschiedlich verlaufen wird. Während die einen mit hohem Steuereinkommen bereits ihre Schulden tilgen, müssen andere, wie wir, weiterhin hohe Kassenkredite aufnehmen, um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können.

In unserer Planung ist vorgesehen die Neuverschuldung zu drücken und außerdem für die Jahre 2010 und 2011 keine neuen Kassenkredite in Anspruch zu nehmen. Das setzt voraus, dass eine disziplinierte Finanzpolitik erfolgt und wir unterwegs nicht von unvorhersehbaren Ausgaben eingeholt werden, die quasi das gesamte Rechenwerk zusammenfallen lassen. Trotzdem vermindert sich das Eigenkapital in dramatischer Weise, was kein gesunder und zudem kein generationengerechter Prozess ist. Die Gewinnabführungen aus dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung zum städtischen Haushalt sind

an dieser Stelle Maßnahmen, die uns in der Gesamtrechnung sehr helfen und die meine Fraktion befürwortet.

In den letzten Jahren habe ich hier gestanden und immer wieder, fast schon gebetsmühlenartig, Hilfen vom Bund und besonders vom Land eingefordert, auch eine neue Gerechtigkeit im GFG, die den Städten wirklich hilft. Das erspare ich mir heute und auch zukünftig, weil ich mittelfristig hier – besonders vom Land - kein ernsthaftes Bemühen sehe, die Situation der Städte in unterfinanzierten Regionen und damit die der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern. Alle Rufe und Forderungen nach gemeindefreundlicher Politik, nach gerechten finanziellen Ausgleichen und Stützen, verhallen quasi in der politischen Wüste, die die Landesregierung durch ihren organisierten Streifzug durch die Kassen der Gemeinden hinterlässt. Systematisch wird eine vermeidliche Konsolidierung des Landes auf Knochen der Städte weiter ausgetragen! Das ist Fakt und wir stehen vor der Tatsache, dass hier in NRW eine Politik gegen die Kommunen gemacht wird, die nicht gerecht und zudem verantwortungslos ist. Welche Ironie, dass wir 2008 eine Rückerstattung von 1.37 Mio. € vom Land als Ertrag verbuchen können, die nur auf dem Klageweg zu bekommen war. Und die nächsten Klagen einiger Städte für die Zahlungen in 2007 laufen bereits! Die Liste der Sparmaßnahmen des Landes, die ich hier 2006 für meine Fraktion formuliert habe, ist noch größer geworden und findet in diesem Jahr mit KiBiz wieder eine unrühmliche Steigerung. In allen möglichen Politikbereichen den freien Wettbewerb der (Kräfte) der Städte auszurufen, zeugt nicht nur von politischer Hilflosigkeit sondern, viel schlimmer, von einer Ignoranz gegenüber den Bedürfnissen der Menschen in den Gemeinden und trifft uns in

dieser wirtschaftlich gebeutelten Region besonders.

Unsere gegenwärtige Haushaltsslage ist nicht hausgemacht, diese Tatsache macht die gesamte Situation noch tragischer.

Wir haben hier in Kamen nicht im kommunalem Luxus gelebt und beabsichtigen es auch zukünftig nicht. Wir sind nun mal an einem Fleck angesiedelt, der nicht zu den Gewinnern im NRW Städtevergleich zählt und wir sind zusätzlich den strukturellen Zwängen durch das NKF ausgeliefert. An dieser Stelle muss auch einmal die Frage erlaubt sein, ob die NKF-Regeln in der Praxis überhaupt der realen Situation einer Stadt gerecht werden können. Städte wie wir, die ihre Abschreibungen nicht erwirtschaften können, die systematisch ihr Eigenkapital verzehren müssen, exorbitant hohe KK vor sich herschieben, ja wie sollen die je einen Haushaltsausgleich herbeiführen, oder ein HSK aufstellen, dass das Abrutschen in den Nothaushalt verhindert? So sehr vom Grundansatz her NKF auch gute Ideen hat, an dieser Stelle muss der Gesetzgeber noch mal nachdenken, ob diese Haushaltsvorgaben nicht geändert werden müssen, hier wurde an der Wirklichkeit gänzlich vorbei gedacht.

Die SPD hat in dieser Stadt stets Wert darauf gelegt, dass insbesondere die sozialen, sportlichen, kulturellen und familien – und bildungspolitischen Bereiche gestützt, gefördert und erhalten bleiben. Eine Haushaltskonsolidierung zu Lasten der freiwilligen Ausgaben ist für uns deshalb grundsätzlich der falsche Weg und würde auch niemals die notwendigen Effekte bringen. Eine Stadt lebt geradezu durch die Bewegung in diesen Teilen, hat hier Chancen unmittelbar und sehr direkt Hilfen zu geben und Strukturen zu stützen. Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen

sozialen und finanziellen Probleme, die viele Bevölkerungsteile trifft, ist es geradezu eine Verpflichtung die Aufwendungen im Bereich der freiwilligen Leistungen zu erhalten und wo es wichtig ist, auszubauen. Im gesamten Jugendbereich sind das z.B. jährlich an die 1, 5 Mio. €. Geld, das gut angelegt ist! Deshalb ist ein Weg, der in seiner Ausrichtung zum Ziel hat, einzelne Bereiche der Verwaltung auf ein bloßes „Rumpfgeschäft“ zu reduzieren, ein Weg den die SPD nicht mitgehen wird!

Angepasst an der Haushaltslage sind unsere investiven Tätigkeiten in diesem und in den Folgejahren maßvoll und konzentriert auf Notwendigkeiten und dringenden Bedarf. 1,4 Mio. € sind in den nächsten Jahren für die gebäudliche Sanierung des Rathauses eingeplant. Unser Blick muss dabei auch auf die notwendigen Einspareffekte bei den Energiekosten liegen, die sich insgesamt von 2000 bis 2006 um 63,2 % erhöht haben. Hier sind weiterhin, neben den baulichen Erneuerungen, kluge Wege der Energieersparnisse einzuschlagen. Das Stichwort Rathaus bringt mich natürlich zu dem Thema der eigentlich ebenso notwendigen Sanierung des Ratstraktes. Wir haben gemeinsam mit der CDU Fraktion bereits öffentlich erklärt, dass wir aufgrund der prekären Haushaltslage keine Möglichkeit sehen, diese Maßnahme momentan finanziell zu stemmen, da hier die tatsächlichen Kostenansätze für erforderliche Ausstattungen in ihrer Höhe quasi zum Umdenken zwingen. Meine Fraktion ist weiterhin der grundsätzlichen Auffassung, dass ein Rat auch adäquate Arbeitsbedingungen benötigt. Fakt ist und bleibt, dass dieser Teil des Rathauses auch innen bald einer Nutzung zugeführt werden muss. Das planerische Grundkonzept wird weiterhin von uns gestützt.

Wir werden uns deshalb zwangsläufig mit diesem Thema in nächster Zeit beschäftigen müssen. Vor der gegenwärtigen Haushaltslage ist allerdings die geplante Investition nicht haltbar, was sich ebenso auf die veranschlagten 70 000 Euro für die Möblierung bezieht.

In der Planung sind insgesamt rund 5.5 Mio. € an Investitionssummen für unsere Schulen veranschlagt, 2008 sind es genau 1,38 Mio. €. Geld für Gebäude und auch Fachräume. Hier erfolgt eine Renovierung auch unter energetischen Gesichtspunkten, was wir ausdrücklich begrüßen. Und wir gehen weiter den eingeschlagenen Weg, der unsere Schullandschaft im Vergleich gut darstellt, sowohl in der inneren als auch in der äußeren Ausstattung.

Die Feuerwehr Rottum bekommt in diesem Jahr die notwendige Fahrzeughalle und auch sonst werden im Bereich der Feuerwehr und Rettungsdienste durch Anschaffungen von Fahrzeugen und technischer Optimierung die überfälligen Investitionen getätigt, was wir ausdrücklich stützen.

In der Sportlandschaft wird ein ausgewogenes und sinnvolles Paket vorgelegt, das den Breitensport fördert, den Vereinen hilft und auch, mit dem Minisportfeld in Heeren, eine optimale Verbindung von Sportförderung und Freizeitgestaltung bietet.

Wir beginnen mit dem Projekt der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes ein – vielleicht auf absehbarer Zeit – letztes, großes Projekt, das notwendig und sinnvoll für die zukünftige verkehrliche Infrastruktur der Innenstadt ist und in Hinblick auf eine ausreichende Parksituation die Nutzung des ÖPNV fördert.

Der Zustand unserer Straßen ist bekannt und da sind wir als Kommune, mit vielen anderen, in einer gleichen Situation. Wir kennen alle den Hintergrund des Investitionsstaus und beschäftigen

uns im NKF jetzt auch noch mit Restbuchwertgrößen von Straßen, die mit entscheidend sind, wann eine Straße saniert wird. Spätestens an dieser Stelle taucht dann doch die Frage auf, wie das den Bürgern vermittelt werden soll, die einfach nur sehen, dass ihre Straßen lauter Schlaglöcher haben.

Maßvoll sind deshalb auch hier die geplanten Sanierungen und wir werden auch weiterhin an der einen oder anderen Stelle nur mit Deckenüberzügen arbeiten können, um wenigstens etwas zu verbessern.

Es taucht bei diesen ganzen Schwierigkeiten natürlich auch die Frage auf, ob privates Geld uns weiter helfen könnte.

Eine Zusammenarbeit mit privaten Investoren ist aufgrund der Finanzsituation vieler Städte längst kommunaler Alltag. Auch für die SPD ist das grundsätzlich kein Finanzierungsmodell, das nicht in Frage kommen könnte. Allerdings sollten wir auch hier in Ruhe prüfen wo und besonders welche Arten der Zusammenarbeit mit privaten Investoren überhaupt möglich und wünschenswert sind. Klar ist auch, dass sich kein privater Investor für die Größenordnungen der Sanierungen an unseren Schulen interessiert. Deshalb sollte daraus auch keine Heilslehre gemacht werden, das ist falsch und weckt Hoffnungen nach außen, die nicht erfüllt werden können.

Nun war schon im Vorlauf zur heutigen Sitzung von Teilen der anderen Fraktionen zu hören, wie eine Konsolidierung der Stadtfinanzen aussehen könnte. Dabei begegnet uns nichts Neues, einiges ist längst schon Praxis, aber vor allen Dingen begegnet uns hier wieder der übliche wirre Ansatz der BG, der populistisch und zudem inkompetent ist. Die Forderung der Zuschusskürzungen z.B. bei

der VKU zeigt, dass hier aus den erst kürzlich geführten Diskussionen und Entscheidungen zu diesem Thema wirklich nichts an Inhalten hängen geblieben ist. Tja und Goldesel gibt es leider nur im Märchen. Deshalb kann man diese – das mit Blick auf den Antrag der FDP – auch nicht mal für 50 000 € kaufen!

Der Bereich Kultur wird uns – wie aus den einzelnen Äußerungen im Vorfeld zu entnehmen war – noch in der späteren Diskussion beschäftigen.

Kommunale Kulturpolitik ist niemals ein Bereich, der Gewinne bringt. Und er sollte in der Qualitätsausrichtung nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Die SPD hat stets die Meinung vertreten: Optimierung der Kulturarbeit ja, aber unter Berücksichtigung der Strukturen unserer Einrichtungen vor Ort! Dieser Weg wird auch weiter verfolgt werden und zeigt sich beispielsweise am neuen Kamener Festkonzept. Hier werden die Angebote im Sinne der Bürger und Bürgerinnen optimiert und sogar sinnvoll erweitert, wie die Klassikveranstaltung zeigen wird.

Die SPD Fraktion sieht sich weiterhin in der politischen Verantwortung den hier aufgezeigten Weg der Haushaltsführung zu begleiten und zu stützen und wir tun das aus der Überzeugung heraus, dass es unter den gegenwärtigen, möglichen Bedingungen der richtige Weg ist. Deshalb werden wir diesem Haushalt zustimmen! Darüber hinaus sind wir, wie auch in den vergangenen Jahren, jederzeit bereit im Rahmen der interfraktionellen Zusammenarbeit, gemeinsam nach Wegen der Konsolidierung zu suchen. Wenn, wie angedacht der BM die Sparkommission wieder an einen Tisch holen sollte, werden wir uns nicht verschließen.

Für unsere Stadt, für Kamen, gilt es nach Meinung meiner Fraktion, in den Bereichen der Betreuungsangebote für Kinder – und hier insb. bei den unter 3jährigen – den erfolgreich eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Und wir sind hier auch einem guten Weg - brauchen keinen Vergleich zu scheuen.

In diesem Zusammenhang sind gerade die weichen Standortfaktoren, die eine Stadt attraktiv für Familien machen, weiter zu fördern. Unsere geplanten und wachsenden Baugebiete gilt es behutsam, an den Bedarfen, auszubauen. Wir wollen weiterhin mit unserem Freizeit – und Bildungsangebot eine Stadt sein, die neue Familien willkommen heißt und den hier bereits wohnenden Menschen ein lebenswertes Umfeld bietet.

Wir werden die Gestaltung der Innenstadt, unserer Fußgängerzone, bald in Gänze abschließen können und eine neue, einladende Fläche vorhalten, die Lebens- und Aufenthaltsqualität für alle mit sich bringt.

Die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn wollen wir weiterhin ausbauen und gemeinsam davon profitieren, den Weg der guten Wirtschaftsförderung in dieser Stadt gilt es fortzusetzen. Dabei sollten uns diejenigen besonders wichtig sein, die sich ehr am Rand der Gesellschaft befinden. Mit unserem guten Schulangebot und in Zusammenarbeit mit vielen Partnern in der Stadt, wollen wir weiter alles tun, um ihnen den Weg in Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen. In dieser Anstrengung müssen wir gerade Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund einbeziehen. Das sichert uns ein gemeinsames Miteinander in Vielfalt.

Kamen ist ein weltoffene Stadt, die gerne den Kontakt über ihre Grenzen hinaus sucht. Wir feiern mit unseren französischen und schwedischen

Freunden in diesem Jahr die 40jährige und 30 jährige Städtepartnerschaft.

Und die „Neue Stadt Kamen“ wird in diesem Jahr 40 Jahre jung. Das werden wir alle noch gemeinsam feiern - und für 40 Jahre, die eigentlich nicht viel sind, ist unsere Stadt – mit allen ihren Stadteilen – zu einer verfestigten Gemeinschaft geworden, die viele liebens- und lebenswerte Aspekte bereit hält.

Wie ich in meiner Rede aufgezeigt habe, leben wir in kommunal schwierigen Zeiten.

Umso mehr sollten wir uns daran messen lassen, wie wir die Zukunft unserer Stadt gestalten. Die SPD Fraktion wird weiterhin das Wohl der Stadt an vorderster Stelle setzen.